

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat diese Woche dem von US-Präsident Donald Trump im September vorgestellten 20-Punkte-Friedensplan für Gaza mit 13 zu Null Stimmen zugestimmt. Russland und China enthielten sich bei der Abstimmung der Stimme.

Zum Friedensplan gehört die Einsetzung einer Technokraten-Administration für den Gazastreifen unter der Ägide eines sogenannten «Friedensrates», der von Trump selber geführt werden soll.

Vor allem aber sieht der Plan auch die Entwaffnung der Terrororganisation Hamas und Entmilitarisierung des Gazastreifens vor. Dafür zuständig soll eine internationale Stabilisierungstruppe sein. Welche Nationen dabei alles mitmachen werden, ist derzeit offen. Bisher haben neben verschiedenen europäischen auch diverse islamische Staaten ihre Bereitschaft signalisiert, sich an der Truppe zu beteiligen. Dazu gehören neben Ägypten und der Türkei, die allerdings von Israel als zu Hamas-nahe abgelehnt wird, auch Indonesien als grösstes islamisches Land der Welt und Aserbaidschan.

Die Hamas, die im Oktober der Umsetzung der ersten Phase des US-Friedensplans mit Freilassung sämtlicher israelischer Geiseln zugestimmt hatte, lehnt eine Entwaffnung ab. Doch nachdem nun nicht mehr nur Katar und die Türkei, also ihre beiden neben dem Iran wichtigsten Sponsoren, den Plan unterstützen, sondern auch die UNO, steht die palästinensische Terrororganisation jetzt nicht nur militärisch, sondern auch politisch mit dem Rücken zur Wand. Denn sollte der Friedensplan scheitern, wird sie die alleinige Verantwortung dafür tragen müssen.